

Vier Deutschländer

Der Rechtsanwalt Friedrich Wolff hat seine Erinnerungen geschrieben. Von Erich Buchholz

Friedrich Wolff wurde 1922 als Sohn eines jüdischen Arztes und einer »arischen« Mutter in Berlin-Neukölln geboren. Als »Dissident in der Weimarer Republik«, wie Wolff das erste Kapitel seiner Autobiographie »Ein Leben. Viermal Deutschland« überschreibt, erlebte er den Niedergang der Weimarer Republik und die »Machtergreifung« der Faschisten. Für die war er »jüdischer Mischling«, »Halbjud«e, entsprechend trafen ihn Verfolgungsmaßnahmen: Kein Studium, sondern dienstverpflichtet zur Firma »National Krupp Registrierkassen«, wo Zünder für Flakgranaten hergestellt wurden. Es folgte die Metallwarenfabrik Treuenbrietzen, die Munition für das neue MG 42 zu liefern hatte. Damit war er besser dran als andere: Als »Halbjud«e hätte er in der Nazi-Organisation Todt am Atlantikwall bauen sollen.

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde ihm ein Minimum an Wiedergutmachung gewährt: Jurastudium an der 1946 so benannten Berliner Humboldt-Universität. Nach Ablegung des von der Militärregierung vorgegebenen (religiösen) Eides wurde er »Bonze in der DDR«, wie er dieses Kapitel überschreibt: Amtsrichter, Lehrer für Volksrichter, Hauptreferent in der Abteilung Justiz des Berliner Magistrats. Seine »Chefin« war Hilde Neumann, eine bereits in der Weimarer Republik angesehene und geachtete jüdische Anwältin.

Kollegiumschef

Dann aber wurde dieser »Bonze« aus kaderpolitischen Gründen aus dem Staatsapparat entfernt. Ihm wurde angeboten, Rechtsanwalt zu werden. Zu seinen ersten Mandanten (Pflichtmandat) gehörten Angeklagte, die am 17. Juni 1953 Straftaten begangen hatten. Später war er Verteidiger von Nazi- und Kriegsverbrechern und von Spionen, aber auch von Wolfgang Harich und Walter Janka. Mit seinen Mandanten stand er prozessual gegen den Staat DDR und hatte jeweils seine Überzeugung, die vielfach im Gegensatz zu dem der Strafverfolgungsbehörden stand, zu vertreten. Auch in Ehescheidungssachen war er gefragt, zumal das neue, die Gleichberechtigung von Mann und Frau gewährleistende DDR-Recht anzuwenden war.

Völlig neue Aufgaben kamen auf ihn zu, als in der DDR »Kollegien der Rechtsanwälte« aufzubauen waren.



Von Journalisten umringt: Rechtsanwalt Friedrich Wolff und sein Kollege Wolfgang Ziegler (l.) beim Prozeß gegen den einstigen DDR-Staatschef Erich Honecker vor dem Landgericht in Berlin (2. November 1992)

Er wurde Vorsitzender des Berliner Gremiums mit Sitz in der Littenstraße, im zentralen Gerichtsgebäude, und leistete Beachtenswertes, obwohl die Bedeutung einer solchen sozialistischen Anwaltschaft in der DDR lange verkannt blieb. Durch seine Praxis ergaben sich viele Kontakte mit »der Partei«, so daß er »mitbekam«, woher »der Wind wehte«. Aus persönlichen Begegnungen mit der »roten Hilde«, der langjährigen Vizepräsidentin des Obersten Gerichts der DDR und danach Justizministerin Hilde Benjamin, weiß er, daß sie keineswegs »der Freisler-Typ« war, als der sie von Feinden dargestellt wurde und wird.

Friedrich Wolff wurde im Laufe der Jahrzehnte in der DDR landesweit bekannt. Dazu trug bei, daß er nach dem Tod von Friedrich Karl Kaul 1981 dessen Sendung »Alles was Recht ist« fortführte. Am 15. Oktober 1989 lief die hundertste Ausgabe.

Der »Unrechtsstaat«

Sein »viertes Leben« im »vierten Staat« überschreibt er treffend mit »Verteidiger des »Unrechtsstaates« im Rechtsstaat«. In diesem Kapitel schlägt sich, unter Einbeziehung von Einsichten, die ihm seine Eltern vermittelten, seine Sicht auf das ganze Jahrhundert

nieder. Nach dem »Anschluß« per 3. Oktober 1990 mußte der DDR-Anwalt als erstes die grundlegenden Veränderungen in seinem Berufsstand verkraften. Die bundesdeutsche Rechtslage war ihm zwar nicht fremd, denn er hatte jenes alte Recht studiert, das – mit überschaubaren Änderungen – das Recht der BRD geblieben war. Aber jetzt mußte er unternehmerisch tätig sein, hatte nicht nur bei gesicherter Existenz lediglich seine Mandanten zu beraten und zu vertreten. Mandate mußten »akquiriert« werden, möglichst solche, die »etwas einbringen«, um das Büro halten zu können. Das mußte er nun »managen« und es dem westdeutschen Standard gemäß mit Hilfe eines Kredits in Höhe von 300 000 D-Mark modernisieren. Andere Anwälte waren nun Konkurrenten, der Ton wurde rauher. Hinzu kam die seit den 70er Jahren aufgekommene »Anwaltsschwemme«: 1950 gab es 12 844 Anwälte in der Bundesrepublik, 1990 schon 56 638, zehn Jahre später 104 097, heute sind es mehr als 150 000.

In dem Unterabschnitt »Honecker-Anwalt« versucht er, sich der Gedankenwelt des früheren DDR-Staatsoberhauptes zu nähern. Wolff erinnert daran, daß im Grunde der Kalte Krieg im Frühjahr 1945 begann, als Honecker

noch im Nazizuchthaus saß. Insgesamt beschäftigt den Autor aber die »strafrechtliche Aufarbeitung« des »Unrechtsstaats DDR«. Sie erwies sich als eine rechtswidrige Strafverfolgung mit zahlreichen Unrechtsurteilen.

Nicht einmal die öffentlich verkündeten Daten stimmten. Zunächst sei die Rede von 100 000 Ermittlungsverfahren gewesen. Aber sogar der in Berlin zuständige Generalstaatsanwalt Christoph Schaeffgen bekundete z. B. in einem 1994 veröffentlichten Aufsatz, er habe keinen genauen Überblick über die Zahl der anhängigen Verfahren wegen Rechtsbeugung. Zutreffend stellt Wolff fest: Die durch die BRD-Justiz verfolgten »Taten« waren am »Tatort« DDR nicht strafbar. Sie hätten daher gemäß dem Einigungsvertrag durch BRD-Behörden nicht verfolgt werden dürfen.

Der Autor beendet sein Buch mit einem Rückblick: »Die DDR war ihm das liebste der vier Deutschländer. Sie führte keinen Krieg. (...) Juden oder Ausländer wurden in der DDR nicht diskriminiert. In ihr sah man keine Obdachlosen, gab es kein Hartz IV.«

◆ Friedrich Wolff: Ein Leben. Viermal Deutschland. Erinnerungen: Weimar, NS-Zeit, DDR, BRD. PapyRossa, Köln 2013, 248 Seiten, 15 Euro

NEU ERSCHIENEN

Lunapark21

Die Sommerausgabe der »Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie« befaßt sich im Spezial »Krank mit System – Das System ist krank« ausführlich mit Aspekten der Ökonomisierung des Gesundheitswesens. Dazu wurde ein Dutzend Beiträge zu Themen wie Macht der Pharmakonzerne, Gesundheitswirtschaft, Privatisierung von Krankenhäusern, Pflegenotstand, die Rolle von Frauen in der Sorgearbeit oder zur Forderung von ver.di nach einer Mindestpersonalbemessung an der Berliner Charité zusammengetragen. Zahlreiche Tabellen und Grafiken lockern die Beiträge ebenso auf, wie vier Auszüge aus Arztromanen (»Eine Traumfrau rackert sich ab«).

Im zweiten Schwerpunkt zum Euro debattieren Winfried Wolf, Elmar Altvater, Werner Rügemer und Karl Heinz Roth das Für und Wider eines Ausstiegs aus dem Euro. (fo)

◆ Lunapark21, Heft 22, Sommer 2013, 5,90 Euro, 74 Seiten; Bezug: Lunapark21, An den Bergen 112, 14552 Michendorf; Mail: luna@lunapark21.net

Marx21

Im neuen Heft des »Magazins für internationalen Sozialismus« kommen gleich drei Linksparteigrößen zu Wort. Christine Buchholz schreibt zur bevorstehenden Bundestagswahl und geht darauf ein, »warum das Kreuzchen wenig zählt, wir aber trotzdem Die Linke wählen sollten«. Parteivorsitzender Bernd Riexinger hält ein Plädoyer für die Zusammenarbeit von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Linkspartei (»Unsere Arena ist die Straße«). Stefan Bornost, Chefredakteur von Marx21, hat Bodo Ramelow zum NSU-Skandal befragt. Der Vorsitzende der Linksfraktion im Thüringer Landtag glaubt nicht an Pannen, spricht statt dessen von einer »ordnenden Hand« im NSU-Komplex und daß Behörden mit und in der rechten Szene gearbeitet hätten. Darüber hinaus gibt es eine Analyse zur Lage in der Türkei sowie drei Beiträge zum 150. Geburtstag der SPD. (fo)

◆ Marx21, Heft 31, Juli/August/September 2013, 4,50 Euro; Bezug: Marx21, Postfach 44 03 46, 12003 Berlin; Mail: redaktion@marx21.de